

Alfons Siegel

Matthias Erzberger und „Versailles“

*Seine Rolle bei der Annahme des Friedensvertrages von 1919*¹



Matthias Erzberger (1875-1921)

(Quelle: Bundesarchiv/Internet)

Vom Waffenstillstand über Hoffnungen auf Frieden zu ihrer Desillusionierung

2019 waren es 100 Jahre, dass der Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet wurde. Auf deutscher Seite unterschrieben das bis zuletzt leidenschaftlich umstrittene Vertragswerk Außenminister Hermann Müller von der SPD – der bis kurz zuvor amtierende Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau war aus Protest gegen die Vertragsannahme zurückgetreten –, und es unterzeichnete Verkehrsminister Dr. Johannes Bell von der katholischen Zentrumsparlei. Damit war der Erste Weltkrieg, dessen *Kampfhandlungen* mit der Unterschrift von Matthias Erzberger unter den Waffenstillstand von Compiègne am 11. November 1918 beendet worden waren, auch tatsächlich, nämlich juristisch-völkerrechtlich, zu Ende.

¹ Überarbeiteter, leicht ergänzter Text eines Vortrags, den der Autor am 30. Oktober 2019 beim Forum Regionalität im Festsaal der Pädagogischen Hochschule Weingarten hielt. Bei Mehrfachauflagen zitierter Bücher beziehen sich die in den Fußnoten angegebenen Seitenzahlen auf das in ersten (runden) Klammern angegebene Jahr der betreffenden *Neuaufgabe*, nicht auf das in [eckigen] Klammern angegebene Jahr der Erstveröffentlichung.

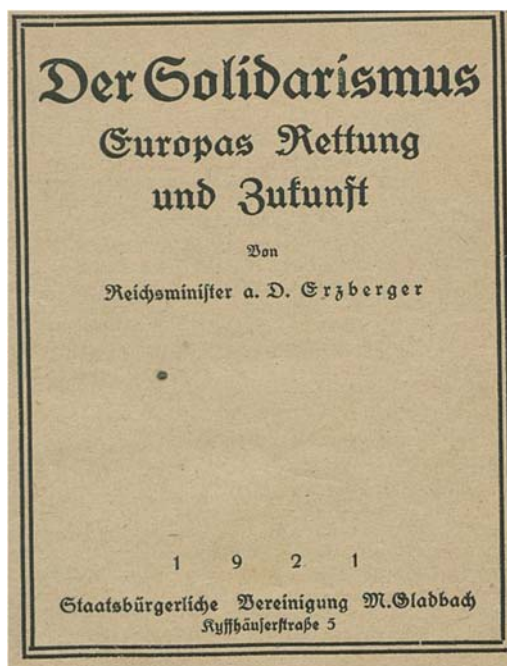


Erzberger am 25. 5. 1920 auf der Leutkircher Wilhelmshöhe (Quelle: Stadtarchiv Leutkirch)

Der schwäbische Zentrumspolitiker Matthias Erzberger – er vertrat als Reichstagsabgeordneter in Berlin den Wahlkreis Biberach – Waldsee – Leutkirch – Wangen von 1903 bis zu seiner Ermordung 1921 – gehörte also nicht, wie immer wieder kolportiert wird – zu den *Unterzeichnern* des Versailler Vertrags, hat aber zu seiner Unterzeichnung *maßgeblich beigetragen*. Wie er das im Einzelnen tat, obwohl er in der Reichsregierung insbesondere für Fragen der Durchführung des *Waffenstillstandes* und seine mühsame mehrmalige Verlängerung, nicht aber für die Außenpolitik direkt zuständig war, soll mit diesem Beitrag verdeutlicht werden. Dabei werden wir auch mit einem - zumindest scheinbaren - Paradoxon konfrontiert:

Denn Erzberger hat wie kaum ein anderer – offen und hinter den Kulissen - für die Annahme des Versailler Vertrags gekämpft,² obwohl dies im extrem emotional aufgeladenen Klima v.a. nach dem Bekanntwerden der harten Friedensbedingungen äußerst unpopulär war und obgleich auch er sich über Härte und mögliche verhängnisvolle Folgen der Unterzeichnung wenig Illusionen machte. Am deutlichsten tritt Erzbergers Illusionslosigkeit über den auch in seinen Augen völlig *unbefriedigenden Frieden* zwei Jahre später in seiner *letzten* Publikation hervor, die er nur wenige Wochen vor seiner Ermordung durch Rechtsradikale im Sommer 1921 veröffentlicht hat, nämlich in der 46 Seiten umfassenden Schrift *Der Solidarismus. Europas Rettung und Zukunft*.

² Nicht von ungefähr hat er das abschließende 25. Kapitel seines Buches *Erlebnisse im Weltkrieg* von 1920 (S. 365-383) mit „Der Kampf um den Friedensschluss“ überschreiben.



Titelseite von Erzbergers letzter Solidarismus-Schrift (Quelle: eigenes Foto)

Darin geißelt er das Versailler Vertragswerk von 1919 als einen „Höhepunkt des internationalen Kapitalismus“, das nicht – wie es seine Urheber, die führenden Siegermächte, propagierten – eine „neue Welt“ bedeute, sondern ein „Sammelbecken aller Fehler der frühern Politik“ darstelle und – wie Erzberger geradezu prophetisch voraussagt – „zur Weltkatastrophe – ja zum neuen Weltkrieg“ führe!³

Somit drängt sich die Frage auf:

Warum hat sich Matthias Erzberger aber dennoch vehement für die Annahme des schon bald als unheilvoll eingeschätzten Versailler Vertrags eingesetzt?

Um einer Antwort auf diese Frage näherzukommen, soll das knappe Dreivierteljahr zwischen dem Waffenstillstand von Compiègne und der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages, also vom 11. November 1918 und dem 28. Juni 1919, beleuchtet werden, jene Zeitspanne, in der zwar die Waffen zwischen den kriegführenden Mächten zum Schweigen gebracht worden waren, aber sich die Welt immer noch im Kriegszustand befand. Und es ist insbesondere auch nötig, sich Erzbergers Rolle genauer anzusehen, die er als Mitglied der verschiedenen Übergangsregierungen Deutschlands damals spielte, welche (beschränkten bzw.

³ Matthias Erzberger (1921), *Der Solidarismus. Europas Rettung und Zukunft*, Mönchengladbach, S. 14. Kurz zuvor war von ihm, ebenfalls 1921 in Mönchengladbach, schon die 52-seitige Broschüre *Christlicher Solidarismus als Weltprinzip* veröffentlicht worden, wo er diesen als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus skizziert.

realen) Möglichkeiten der Einflussnahme er auf den Versailler Friedensprozess bzw. auf das Ringen um die Vertragsannahme im Frühjahr/Sommer 1919 hatte.

Ein Grobüberblick über maßgebliche Ereignisse im Kontext der Versailler Friedenskonferenz von 1919 hilft uns, Rolle und Aktivitäten Erzbergers besser zu verstehen und politisch einzuordnen.

Von Eröffnung der Versailler Konferenz zur Übergabe der Vertragsbedingungen

Am 18. Januar 1919, auf den Tag exakt 48 Jahre nach der Proklamation des Wilhelminischen Kaiserreiches im Spiegelsaal von Versailles, wurde genau dort die große Friedenskonferenz feierlich eröffnet. Nicht nur in der gezielt symbolträchtigen Wahl von Datum und Ort drückte sich die revanche-motivierte Demütigungsabsicht der *jetzigen Sieger* gegenüber den Verlierern aus, sondern auch dadurch, dass die Weltkriegsverlierer nicht zu den Verhandlungen zugelassen wurden und ausgeschlossen blieben, dem vermutlich schlimmsten Fehler des Versailler Friedensprozesses.

Auf den Punkt bringend findet man dieses fatale Versäumnis samt den damit verbundenen psycho-pathologischen Folgen von Jörn Leonhard unter Bezugnahme auf den Soziologen Niklas Luhmann gewissermaßen systemtheoretisch als ein Verhängnis diagnostiziert, an dem eigentlich der gesamte Friedensprozess krankte und – zugespitzt ausgedrückt – in einen *Unfriedens*-Prozess abdriftete:

„Die Unterlegenen waren Abwesende. Die Chancen einer Interaktion durch Mündlichkeit und Präsenz wurden vergeben, das Potenzial, aus der direkten Kommunikation unter Anwesenden ein Minimum an persönlichem Vertrauen und Empathie zu entwickeln, also die Fähigkeit, sich in die Position der Gegenseite hineinzusetzen, blieb ungenutzt.“⁴

In Deutschland kam nach der Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 und der Einsetzung des Sozialdemokraten Friedrich Ebert zum Staatsoberhaupt eine Reichsregierung unter Philipp Scheidemann von der SPD (als Reichsministerpräsident) am 13. Februar ins Amt des Regierungschefs. In dieser Koalitionsregierung aus Sozialdemokraten, Zentrum und der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) erfüllte – insbesondere auf Drängen Eberts – Matthias Erzberger als Minister ohne Geschäftsbereich weiter die seit November 1918 ausgeübte Funktion des Waffenstillstandskommissars. Denn nachdem er

⁴ Jörn Leonhard (2018), *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*, München, S. 985.

am 11. November 1918 im Wald von Compiègne die Waffenruhe mit dem alliierten Oberbefehlshaber Marschall Ferdinand Foch abgeschlossen hatte, musste diese in äußerst mühsamen Verhandlungen mit Foch insgesamt dreimal verlängert werden.⁵

Die besondere Schwierigkeit war nicht nur durch die Härte des französischen Verhandlungspartners Marschall Foch gegeben, Erzbergers Aufgabe wurde auch noch dadurch kompliziert, dass er sich von Trier aus, wo die Verhandlungen mit Foch geführt wurden und deshalb auch der Sitz der Kommission war, immer wieder über schlecht funktionierende Telefonverbindungen mit Berlin bzw. Weimar umständlich abstimmen musste.⁶ Dabei kam es insbesondere zu Spannungen zwischen Erzberger und dem Außenminister im Kabinett Scheidemann, dem parteilosen holsteinischen Aristokraten Ulrich Graf von Brockdorff Rantzau, der einen deutlich weniger kompromissbereiten Kurs gegenüber den Alliierten vertrat und Leiter der deutschen Friedensdelegation in Versailles wurde.⁷



Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau

(Quelle: eigenes Foto aus der Titelseite einer Biografie von Leo Hauptz)

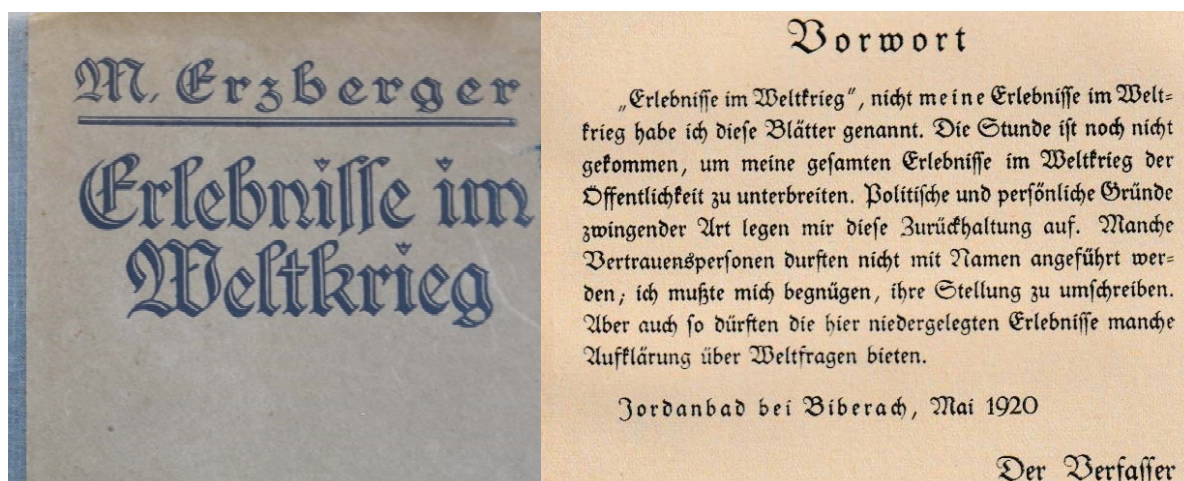
⁵ Laut Klaus Epstein (1976) [1959], *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Frankfurt/Main – Berlin – Wien, S. 331 „am 12.-13. Dezember, 15.-16. Januar und 14.-16. Februar in Trier“.

⁶ Szenisch wird dies in dem TV-Spielfilm „Gewaltfrieden“ von 2010 (Regie: Bernd Fischerauer) dramatisch zum Ausdruck gebracht.

⁷ Vgl. Leonhard, (2018), S. 959. Weitere Hauptdelegierte der deutschen Friedensdelegation in Versailles waren der MSPD-Politiker Robert Leinert, Präsident der Verfassungsgebenden Preußischen Nationalversammlung und Oberbürgermeister von Hannover, der Bankier Carl Melchior, Johannes Giesberts, Zentrums Politiker und Postminister im Kabinett Scheidemann, der MSPD-Reichsjustizminister Otto Landsberg sowie der Völkerrechtsexperte und liberale Reichstagsabgeordnete Professor Walther Schücking.

Erzberger, der der deutschen Delegation in Versailles nicht angehörte, nicht zuletzt, weil „(e)r glaubte“, wie sein Biograf Klaus Epstein schreibt, „als Waffenstillstandskommissar genügend undankbare Aufgaben erledigt zu haben.“⁸, ging außerdem davon aus, „dass die eigentliche Entscheidung über Annahme oder Ablehnung der alliierten Bedingungen in Weimar und nicht in Versailles fallen werde.“⁹ Auch dürfte er z. B. über seinen Parteifreund und Kabinettskollegen Reichspostminister Johannes Giesberts, der Delegationsmitglied war, in persönlichem Kontakt gestanden und auch so regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in Versailles informiert worden sein.

Denn dadurch, dass die Sieger des Weltkrieges allein unter sich verhandelten, waren die Verlierer, damit die deutsche Seite, quälend lang zum mehr oder weniger passiv-frustrierenden Abwarten verdammt. „Es war ein monatelanges Hangen und Bangen“ heißt es in Erzbergers Buch *Erlebnisse im Weltkrieg*, das er ein Jahr später im Biberacher Jordanbad schrieb.¹⁰



Teil d. Titelseite u. Vorwort v. Erzbergers Buch *Erlebnisse im Weltkrieg* (Quelle: eigene Fotos)

Dieses frustrierende Warten schloss aber Illusionen für akzeptable, ehrenvolle Bedingungen im Sinne eines Friedens auf Basis der Wilson'schen 14 Punkte keineswegs aus. Der fatal aufgeblähte *Ballon an Illusionen* zerplatzte aber spätestens nachdem die deutsche Delegation am 7. Mai 1919 den von den Alliierten erarbeiteten Entwurf des Friedensvertrages entgegennehmen musste und dieser öffentlich bekannt wurde.

⁸ Klaus Epstein (1976) [1959], S. 337.

⁹ Ebd. sowie Erzberger (1920), *Erlebnisse im Weltkrieg*, Stuttgart und Berlin, S. 366f.

¹⁰ Vgl. Erzberger (1920), S. 367.

In grober Anlehnung an den Historiker Peter Krüger lassen sich die wichtigsten Bestimmungen in folgenden fünf Hauptpunkten umreißen:¹¹

1. Abrüstung Deutschlands auf ein 100 000 Mann-Heer, eine Kriegsmarine von 15 000 Mann – ein Militär insgesamt ohne moderne Waffen und ohne Luftwaffe;
2. Gebietsabtretungen an Nachbarstaaten, wodurch Deutschland etwa ein Siebentel seines Staatsgebietes und ungefähr ein Zehntel seiner Bevölkerung verlieren würde sowie Verlust sämtlicher Kolonien;
3. erhebliche wirtschaftliche Belastungen und Einschränkungen, nicht nur durch Wiedergutmachungsforderungen (Reparationen) von astronomischer – erst noch von einer Kommission in genau festzulegender – Höhe, sondern auch z.B. durch Liquidierung deutschen Auslandsvermögens und handelspolitische Beschränkungen;
4. die „Besetzung und Entmilitarisierung des Rheinlandes“ maximal bis ins Jahr 1935, „die unter bestimmten Voraussetzungen“ etappenweise vorher aufgehoben werden konnte sowie „die zeitweilige Abtrennung des Saarlandes bis zur Entscheidung“ im Jahr 1935 – verbunden mit der wirtschaftlichen Ausnutzung durch Frankreich;
5. die Auslieferung des Kaisers – er hatte sich längst in die Niederlande abgesetzt - und anderer als Kriegsverbrecher bezeichneter deutscher Personen an die Entente (nach Artikel 227) sowie die Anerkennung der Verantwortung Deutschlands für die durch den Krieg verursachten Schäden nach Artikel 231, der – nicht ganz korrekt als „Kriegsschuldartikel“ bezeichnet¹² - auch zur Begründung für die erhobenen Reparationsforderungen fungierte.

Diese als „Schmachparagrafen“ bezeichneten Artikel 227 und 231 des Versailler Vertragsentwurfes wurden als besonders ehrenrührig und demütigend empfunden, nicht zuletzt deshalb, weil man damit auch eine nachträgliche Entwertung, ja moralische Verurteilung, der von deutschen Soldaten im Krieg erbrachten Opfer sah.

¹¹ Vgl. Peter Krüger (1993) [1986], *Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung*, München, S. 13-15, und Eschenburg (1973), *Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform*, München, S. 129.

¹² So weist Krüger (1986), S. 15 zum sogenannten „Kriegsschuldartikel“ darauf hin, dass dies „nicht die Absicht bei der Formulierung“ gewesen sei.

Ereignisübersicht als Zwischeninformation

Auswahl von Ereignissen zwischen der Übergabe der Friedensbedingungen an die deutsche Delegation am 7. 5. und der Vertragsunterzeichnung 28. 6. 1919

7. Mai	Übergabe der Friedensbedingungen an die deutsche Delegation
12. Mai	Scheidemann vor der Nationalversammlung gegen die Annahme
17./18./19. Mai	Erzberger bemüht sich in Gesprächen mit US-Oberst Conger bei Präsident Wilson erfolglos um mildere Friedensbedingungen.
23. Mai	Aussprache zwischen der deutschen Delegation und mehreren Reichsministern (einschließlich Erzbergers)
29. Mai	Übermittlung der offiziellen deutschen Gegenvorschläge in sogenannter Mantelnote
3./4. Juni	Das Reichskabinett spricht sich mehrheitlich (10:4) gegen die Vertragsannahme aus.
13. Juni	Zurückweisung der deutschen Mantelnote durch die Alliierten
Mitte Juni	Erzberger erstrebt über zwei französische Professoren bei Staatspräsident Clemenceau mildere Friedensbedingungen.
16. Juni	Ultimatum der Entente zur unveränderten Vertragsannahme bis 23. Juni, 19 Uhr, Abreise der deutschen Friedensdelegation aus Frankreich
18. Juni	Patt im Reichskabinett (7:7) zur Annahme des Friedens
20./21. Juni	Rücktritt der Regierung Scheidemann (SPD/Zentrum/DDP) Amtsantritt der Regierung Bauer (SPD/Zentrum)
23. Juni	Vormittag: Fraktionssitzungen mit z.T. wechselnden Beschlüssen Mittagszeit: Regierung bespricht Lage mit Fraktionsspitzen Nachmittag: Nationalversammlung votiert für die Annahme Abend, 19 Uhr: Ablauf des Ultimatums der Entente
28. Juni	Feierliche Unterzeichnung des Friedensvertrages in Versailles



Proteste in Berlin gegen eine Annahme des Versailler Vertrags (Quelle: T-online/Internet)

Von der Empörung über die Friedensbedingungen zu ihrer Annahme

Die Veröffentlichung der überaus harten Friedensbedingungen ab dem 7. Mai 1919 führte bekanntlich vor allem in Deutschland bei Bevölkerung und Politik zu Stürmen der Entrüstung, ließ die Wogen der Empörung hochschlagen. Und am 12. Mai erteilte der sozialdemokratische Regierungschef Philipp Scheidemann - er hatte am 9. November 1918 vom Reichstag die Republik ausgerufen - in der Nationalversammlung stürmischen Beifall, als er in einer pathetischen Rede gegen die Vertragsunterzeichnung die rhetorische Frage ausrief:

„Welche Hand müsste nicht verdorren, die sich und uns in diese Fesseln schlägt?“¹³

Und indem er zugleich – entgegen der Warnung Erzbergers – den Vertrag nicht nur als „unerfüllbar“ und „unerträglich“, sondern auch als „*unannehmbar*“ bezeichnete, legte er sich selbst öffentlich und seine Regierung praktisch auf die Vertragsablehnung fest.

Die deutsche Delegation in Versailles, der entgegen noch bestehender Hoffnungen auch weiter direkte Verhandlungen verwehrt wurden, machte immerhin in einem komplizierten, wenn auch wenig Erfolg versprechenden Notenwechsel

¹³ Nach Eschenburg (1973), S. 130.

mit der alliierten Gegenseite den Versuch, die extrem harten Friedensbedingungen wenigstens abzumildern, was allerdings nur marginal gelang.¹⁴ Wie Klaus Epstein schreibt, waren die deutschen Noten zwar „vorbildlich in ihrer juristischen Beweisführung und ihrer stilistischen Klarheit“, aber sie „machten (...) so gut wie keinen Eindruck auf die Staatsmänner der Entente.“¹⁵

Erzberger habe „den von Brockdorff-Rantzau angeschlagenen aggressiven Ton als unangebracht“ empfunden¹⁶ und „die Einzelnoten, in denen fast gegen jede Bestimmung des Vertrages (ohne hinreichend eigene Gegenvorschläge, A. S.) protestiert“ worden sei, als „unergiebig“ eingeschätzt.¹⁷

Überhaupt störte Erzberger „der in Brockdorff-Rantzaus Umgebung herrschende unversöhnliche Geist“, weil er „eindeutig auf eine Politik des Widerstandes gegen die Alliierten“ hinauslief „und sie geradezu herausforderte, ganz Deutschland zu besetzen“.¹⁸

Die tiefe Sorge darüber veranlasste Erzberger, „einen für ihn charakteristischen Versuch der Amateurdiplomatie zu unternehmen“,¹⁹ nachdem die Versailler Verhandlungen in einem Dickicht von Noten und Gegennoten steckengeblieben waren.²⁰ Und so versuchte er Mitte Mai 1919 über „eine indirekte Verbindung zu Präsident Wilson“ mit einem Alternativvorschlag mildere Friedensbedingungen zu erwirken.²¹ Verbindungsperson dafür war der amerikanische Oberst Conger, den Erzberger zusammen mit einem weiteren US-Offizier dazu einlud, am 17. Mai 1919 nach Berlin zu kommen. Eine erste Unterredung, bei der auch der ehemalige deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, dabei war, brachte

¹⁴ Krüger (1993) [1986], schreibt hierzu S. 43: „Am 16. Juni 1919 traf das Ultimatum der Alliierten ein, zunächst auf fünf, dann auf sieben Tage befristet. Es enthielt tatsächlich über die Neufassung der Oberschlesien-Bestimmung, eine Reihe kleinerer Abmilderungen und Konkretisierungen sowie einige zusätzlich eröffnete Aussichten auf spätere Detailverhandlungen hinaus keine wesentlichen Veränderungen, statt dessen eine ungemeine Verschärfung des Kriegsschuldvorwurfs.“

¹⁵ Klaus Epstein (1976) [1959], S. 345.

¹⁶ Besonders spektakulär hatte sich dieser Ton, als arrogant interpretierte Haltung, des Außenministers bekanntlich bei der Übergabe der Friedensbedingungen am 7. Mai 1919 in Paris manifestiert, als Brockdorff-Rantzau während seiner auch inhaltlich viel kritisierten Antwort auf Clemenceau demonstrativ sitzen blieb und damit wohl auch gegen übliche Gepflogenheiten diplomatischer Höflichkeit verstieß.

¹⁷ Vgl. Klaus Epstein (1976) [1959], S. 345.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd., S. 345f.

²¹ Vgl. ebd., S. 346.

nicht den gewünschten Erfolg. Darauf organisierte Erzberger - jetzt ohne Bernstorff - ein weiteres Treffen, worüber Oberst Conger einen ausführlichen Bericht verfasste, der auch an US-Präsident Wilson ging.²²

Erzbergers Kompromissvorschlag war darin - nach Klaus Epstein - in neun Hauptpunkten zusammengefasst, die im Wesentlichen, wenn auch gekürzt, nachfolgend zitiert werden:

- „1. Sofortiger Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.
2. Die Verringerung des Heeres auf 100 000 Mann müsse mindestens auf zwei Jahre hinausgeschoben werden (...).
3. ‚Deutschland müsse einen Teil seiner Handelsflotte behalten (...)‘ (...)
(...) britisches und amerikanisches Kapital könne an deutschen Schifffahrtslinien durch Aktienerwerb beteiligt werden.
4. Alle territorialen Fragen müssten durch Volksbefragungen geregelt werden (...).
5. Statt der Verwaltung des Saargebiets durch den Völkerbund schlug Erzberger von Deutschland garantierte Kohlenlieferungen an die Franzosen und französische Beteiligung an deutschen Bergwerken vor.
6. Beendigung der Besetzung des Rheinlands innerhalb von sechs Monaten (...) statt dessen ‚keine (deutschen, A. S.) Militärstreitkräfte in einer Entfernung von 50 km vom Ostufer des Rheins zu stationieren‘ (...).
7. Hinsichtlich der Kolonien ‚wünscht Erzberger, dass Deutschland zum Mandatar für seine Kolonien oder einen Teil derselben ernannt werde (...)‘.
8. Auf dem Gebiet der Finanzfragen machte Erzberger detaillierte Vorschläge (z. B. Bereitstellung bis zu 500 000 Mann für den Wiederaufbau in Frankreich und Belgien, A.S.), die auf eine Herabsetzung der alliierten Forderungen abzielten. (...).

²² Ausführlicher hierzu: Fritz T. Epstein (1955), *Zwischen Compiègne und Versailles. Geheime amerikanische Militärdiplomatie in der Periode des Waffenstillstandes 1918/19: Die Rolle des Obersten Arthur L. Conger*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 3/1955, S. 412-445, wo es auf S. 416 heißt: „Seltsamerweise lud in denselben Tagen, in denen das ‚Brockdorff-Rantzau-Lager‘ in Versailles sich von den Congerschen Einflüssen freizumachen suchte, der Gegenspieler Erzberger den Amerikaner zu Besprechungen in Berlin ein. (...) Lob spendete Conger in der Rückschau auf jene Verhandlungen Erzberger, der als Führer der ‚Gemäßigten‘ ihm in seinen Verhandlungen trefflich sekundiert habe.“

9. Die Auslieferung des Kaisers und der sogenannten Kriegsverbrecher an die Alliierten sei undenkbar. (...). „Er (Erzberger, A.S.) schlug vor, ein neutraler Gerichtshof solle im Haag oder anderswo konstituiert werden, vor den die Beschuldigten erscheinen und die Alliierten als Kläger auftreten sollten“.²³

Dass Erzbergers Kompromissvorschlag trotz interessanter Ansatzpunkte angesichts der verhärteten Fronten bzw. den antideutschen Emotionen, v. a. in Frankreich nach den fürchterlichen direkten Kriegserfahrungen im eigenen Land wenig realistisch gewesen sein dürfte, kam wohl auch dadurch zum Ausdruck, dass US-Präsident Wilson darauf nicht reagierte. Wie Epstein schreibt, hielt es der Präsident wahrscheinlich „für unehrenhaft, hinter dem Rücken seiner Verbündeten zu verhandeln“.²⁴ Wilson sah wohl auch „keine Möglichkeit, (...) die Franzosen zur Annahme solcher Bedingungen zu zwingen.“²⁵ Dementsprechend wurde Oberst Conger, an den sich Erzberger mit seinen Alternativvorschlägen gewandt hatte, von seinen Kontaktleuten in der US-amerikanischen Friedensdelegation auch angewiesen, „den Deutschen zu sagen, es gebe keine andere Möglichkeit, als den Vertrag, so wie er war, zu unterzeichnen.“²⁶

Auch wenn man Erzberger für seinen Vorstoß lautere *Absichten* konzidiert, könnten seine Auswirkungen dennoch kontraproduktiv gewesen sein, zumal der eigenwillige Politiker gegenüber seinen Gesprächspartnern auch die bedenkliche Äußerung „machte, mit einer gewissen Camouflage“ – also einer Art Täuschung oder Verschleierung – könne er eine Annahme seiner Vorschläge bewirken, von denen er zudem den Eindruck erweckte, sie seien mit der Regierung abgestimmt. Und Epstein deutet zumindest an, dass Erzbergers Verhalten in diesem Zusammenhang schon auch ein fragwürdiges Licht auf seine Persönlichkeit und seine Verhandlungstaktik geworfen hätten. So wurde ihm – wohl nicht zu Unrecht – vorgeworfen, „hinter dem Rücken des Außenministers“ verhandelt, damit auch die Uneinigkeit der deutschen Regierung in dieser Existenzfrage offenkundig gemacht zu haben.²⁷ Was der Staatsrechtler und Politologe Theodor Eschenburg in seiner lesenswerten Publikation mit dem Titel *Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform* schreibt, wo er Erzberger ausdrücklich auch als „Friedensmacher“ bezeichnet, scheint geeignet, sich dazu eine differenzierte Meinung zu bilden. Bezugnehmend auf die sehr unterschiedlichen

²³ Klaus Epstein (1976). [1959], S. 347f.

²⁴ Ebd., S. 349.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. ebd., S. 350.

deutschen Positionen zur ebenso schwierigen wie emotionsgeladenen Streitfrage der Annahme oder Ablehnung des Versailler Vertrages heißt es hier bei Eschenburg:

„Über diese Gegensätze im deutschen Regierungslager wurden die Alliierten durch das Gespräch Erzbergers mit Conger unterrichtet. Aber sie waren über die internen Verhältnisse der deutschen Regierung auch schon durch ihre Agenten informiert. Diese konnten sich in Deutschland frei bewegen, (...). Erzberger war durch seine eigenmächtige Unterredung mit Conger dem Außenminister in den Rücken gefallen. Die Kompetenzen anderer respektierte er selbst in heikelsten Situationen nicht. Er achtete nur auf die eigenen. Immerhin hatte er mit dieser Aktion keinen großen Schaden angerichtet.“²⁸

Ob bzw. inwiefern Erzbergers eigenmächtiges Vorgehen schädlich gewesen sein könnte, erklärt sein Biograf Klaus Epstein, wenn er zu bedenken gibt, dass dadurch Brockdorff-Rantzau ohnehin nicht starke Verhandlungsposition noch geschwächt worden sein dürfte, „da dessen einziger Trumpf die Behauptung“ gewesen sei,²⁹ „die Nationalversammlung werde niemals einen Vertrag mit diesen Bedingungen ratifizieren.“³⁰ Nicht von ungefähr spricht auch Jörn Leonhard im erwähnten Werk *Der überforderte Frieden* davon, dass sich „die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Animositäten zwischen Außenminister Brockdorff-Rantzau und Matthias Erzberger (...) zu einer großen Belastung für das Auftreten der deutschen Delegation in Paris entwickelten.“³¹

„In normalen Zeiten“, so Epstein über Erzbergers fragwürdiges Vorgehen, wäre sein „Verhalten indiskutabel gewesen; doch die Verhältnisse in Deutschland des Jahres 1919 waren nicht normal.“³² Denn, so der Biograf weiter:

„Die ganze Zukunft des Landes hing von der Art des Friedensvertrages ab, den zu erwirken es imstande war. Brockdorff-Rantzau konnte angesichts seiner bekannt unbeweglichen Haltung und der Weigerung der Alliierten, wirklich zu verhandeln, die üblichen Aufgaben eines Außenministers nicht erfüllen. Da er zudem durch seine Erklärungen ge-

²⁸ Eschenburg (1973), S. 132.

²⁹ Vgl. Klaus Epstein (1976) [1959], S. 350.

³⁰ Ebd.

³¹ Leonhard (2018), S. 990.

³² Klaus Epstein (1976) [1959], S. 150.

bunden war, sprach manches für den Versuch, auch auf außergewöhnlichem Wege (...) zu weiterführenden Verhandlungen zu kommen. (...) Man konnte von Erzberger nicht erwarten, dass er sich an die Regeln hielt, die in eingespielten parlamentarischen Regierungen herrschen.“³³

Epstein gibt auch zu erkennen, dass für Brockdorff-Rantzau ein vergleichbarer Appell an die alliierte Seite wegen seiner offenkundig tendenziell pauschal ablehnenden Haltung kaum in Frage kam. Ganz deutlich trat dies übrigens mit seiner späteren Rücktrittserklärung hervor, in der er u. a. offen sagte:

„(...) Absichtlich habe ich mich in diesen Fragen vor der Öffentlichkeit festgelegt und den Feinden gegenüber gebunden (...)“.³⁴

Wenn also jemand für einen Appell an die Alliierten überhaupt eine „Aussicht auf Erfolg „ gehabt haben könnte, so war dafür wohl „Erzberger der richtige Mann, um ihn vorzubringen.“³⁵ Hätte Erzberger dies nicht versucht, dürfte er es sich wohl zumindest selbst später als schweres Versäumnis vorgeworfen haben.

Seine letztlich erfolglosen Vermittlungsbemühungen lässt Erzberger in dem ein Jahr später geschriebenen Buch *Erlebnisse im Weltkrieg*, in dem er ansonsten recht ausführlich seinen „Kampf um den Friedensschluss“ schildert, nachvollziehbarerweise unerwähnt. Er berichtet aber darin von einer Aussprache, die am 23. Mai 1919 „zwischen der Delegation (also deutschen Hauptdelegierten von Versailles, A.S.) und mehreren Ministern“, auch mit ihm, stattfand. Auf seinen (Erzbergers) Vorschlag hin sei beschlossen worden, „dass nunmehr die Gesamtheit der deutschen Gegenvorschläge mit größter Beschleunigung den Alliierten zu überreichen sei und dass keine Einzelnoten mehr abzugeben seien (...)“³⁶ Die Redaktion der deutschen Gegenvorschläge sollte danach durch die Friedensdelegation in Versailles so vorgenommen werden, dass sie materiell von den Kabinettsbeschlüssen nicht abweichen würden. Dahinter zeigt sich vermutlich Erzbergers Skepsis gegenüber der Delegation unter Leitung seines Kabinettskollegen Außenminister Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau und die Befürchtung, dass dessen Bemühungen auf eine zu wenig kompromissbereite Haltung, letztlich auf eine Vertragsablehnung, hinausliefen.

³³ Ebd., S. 350f.

³⁴ Nach: Bernhard Pollmann (1991), *Chronik 1919. Tag für Tag in Wort und Bild*, Dortmund, S. 119.

³⁵ Klaus Epstein (1976) [1959], S. 352.

³⁶ Erzberger, (1920), S. 379 f.

Schließlich hatte auch der von ihm geführte, v.a. juristisch argumentierende, Notenwechsel – man sprach sogar von einem „Notenkrieg“ – keine nennenswerten Erfolge, sondern mit den alliierten Antworten vom 20. und 29. Mai 1919 nur Zurückweisungen und Ablehnung gebracht, so dass – wie der Historiker Peter Krüger schreibt – „die Kluft unüberbrückbar“ geworden war.³⁷

Vor diesem Hintergrund heißt es bei Erzberger in seinen erwähnten *Erlebnisse(n) im Weltkrieg*:

„Diese und eine Reihe anderer Erscheinungen gaben mir (...) Veranlassung Tage und Nächte hindurch das Für und Wider der Unterzeichnung des Friedensvertrags nach allen Seiten zu prüfen; ich habe nie in meinem Leben so lange mit mir selbst gekämpft und gerungen, bis ich zu einem endgültigen Resultat kam.“³⁸

Nachdem Erzberger vom Regierungschef, Reichsministerpräsident Scheidemann, ersucht worden war, die Gründe für und gegen „die Unterzeichnung des Friedens in einer Aufzeichnung“ niederzulegen,³⁹ machte er dem Kabinett eine solche gegenüberstellende Vorlage. Theodor Eschenburg hat in der bereits erwähnten Publikation dieses Papier Erzbergers ein „Memorandum“ genannt, in dem „prägnant mit realistischer Phantasie, aber ohne Übertreibung die Folgen von Unterzeichnung und Ablehnung einander gegenübergestellt“ wurden.⁴⁰

Erzbergers Denkschrift ist in zwei Teile gegliedert:

„I. Wenn der Friede unterzeichnet wird“ und

„II. Wenn der Friede nicht unterzeichnet wird“.

Dabei wird jeweils in außenpolitische und innenpolitische Folgen unterschieden. Der erste Teil der Denkschrift, der die vermuteten Folgen im Falle der Unterzeichnung skizziert, ist deutlich kürzer, und es ist ihm der Satz vorangestellt:

„Ungeheuer schwere Lasten ruhen auf dem deutschen Volk.“

Damit wirkte Erzberger schon zu Beginn möglicher Beschönigung entgegen. Außenpolitisch aber würde immerhin der Kriegszustand *tatsächlich* beendet und

³⁷ Vgl. Krüger, (1993), [1986] S. 28f.

³⁸ Matthias Erzberger (1920), S. 370.

³⁹ Vgl. ebd., S. 371.

⁴⁰ Theodor Eschenburg (1973), S. 133; Wortlaut des Memorandums in: Erzberger (1920), S. 371-373.

die Blockade aufgehoben, so dass durch die geöffneten Grenzen wieder Lebensmittel ins Land kämen, der Export erneut einsetzen könne. Kriegsgefangene würden in die Heimat zurückkehren können, das östliche Nachbarland Polen wäre gezwungen, eventuelle Angriffsabsichten aufzugeben.

Bei den innenpolitischen Wirkungen stellte Erzberger zwar außerordentlich drückende Steuerlasten in Rechnung, „aber durch die vermehrte Einfuhr von Lebensmitteln, Waren und Rohstoffen“ würde „eine Beruhigung und ein gewisser Ausgleich geschaffen“, die „Arbeit wieder aufgenommen werden können.“ Zwar befürchtete Erzberger im Falle der Vertragsunterzeichnung erbitterte Angriffe v.a. von rechts bis hin zu einem Militärputsch, aber Erzberger erwartete zugleich, dass solche Versuche wegen der allgemeinen Friedenssehnsucht der Bevölkerungsmehrheit erfolglos bleiben würden.⁴¹ Auch wenn Deutschlands Zukunft somit bei Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Erzbergers Memorandum keineswegs rosig erschien, im Falle der *Nichtunterzeichnung* wäre seiner Einschätzung nach eine noch weit schlimmere, geradezu hoffnungslos-apokalyptisch erscheinende, Situation eingetreten.

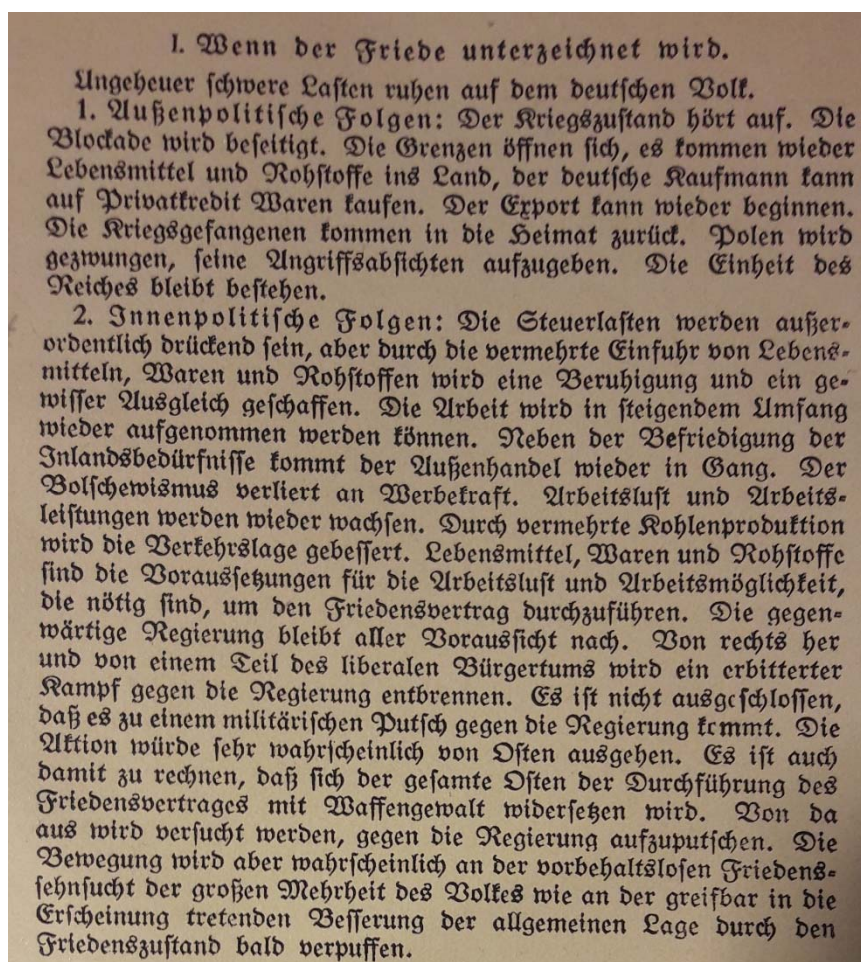
Denn außenpolitisch – so Erzberger in seiner Denkschrift – könnte mit der dann erfolgenden „Kündigung des Waffenstillstandes“ der Kriegszustand auch *faktisch* zurückkehren, mit dem angedrohten alliierten Einmarsch ins bisher unbesetzte Deutschland samt möglicher Kampfhandlungen, v.a. wegen widerstandswilliger Teile des deutschen Militärs. Die Alliierten würden in breiter Front vorrücken, insbesondere das Ruhrgebiet besetzen - letzteres trat 1923 wegen defizitärer Sachlieferungen ein - und mit der Bildung eines Korridors von Frankfurt am Main bis Prag, würde Norddeutschland praktisch von Süddeutschland getrennt. Mit der Verschärfung der Blockade würden die Grenzen hermetisch abgeschlossen, vom Osten her müsse man das Einrücken der Polen befürchten.

Die weiteren mutmaßlichen Folgen wären nach Erzbergers hypothetischer Prognose vor allem *innenpolitisch* besonders verhängnisvoll: Den bereits bestehenden Mangel an Lebensmitteln, Waren und Rohstoffen sah er sich ins Katastrophale steigern. Es käme seiner Ansicht nach zu einer regelrechten Hungersnot, Plünderung, Mord und Totschlag würden zur Tagesordnung. Mit dem Zusammenbruch des Nachrichtenwesens im Strudel innenpolitischer Chaotisierung befürchtete er die Atomisierung Deutschlands, also seinen Zerfall in kleinste Ge-

⁴¹ Die bald darauf gemachte Erfahrung mit dem 1920 erfolgten, durch einen Generalstreik gestoppten, Kapp-Putsch hat Erzbergers Einschätzung m. E. bestätigt.

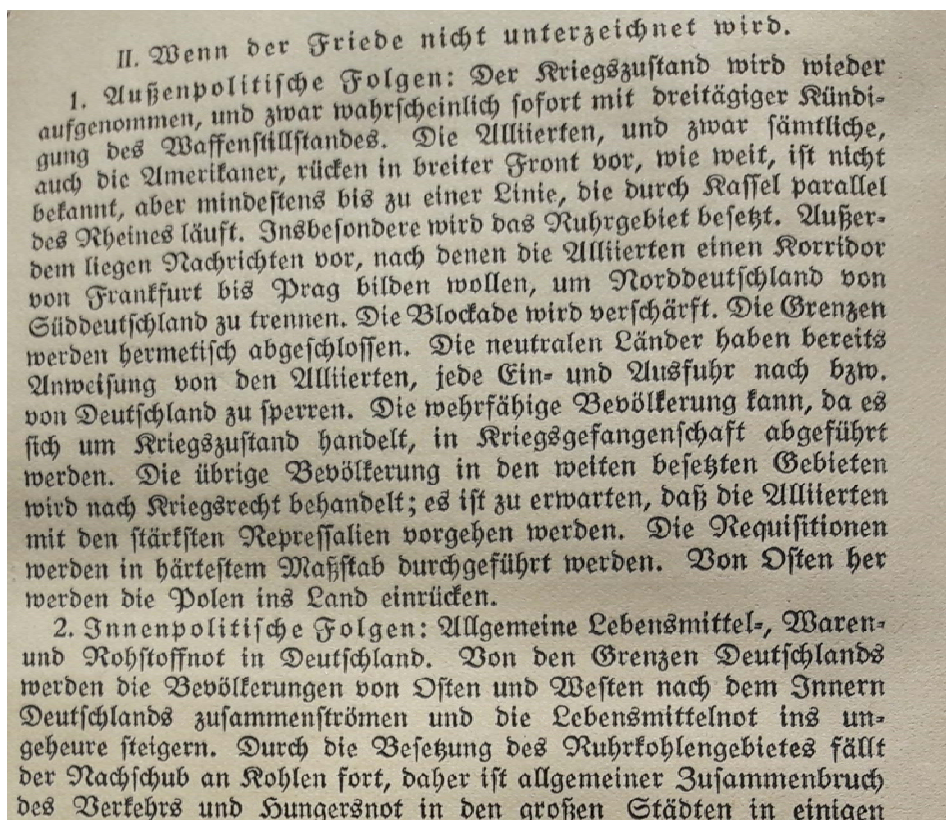
bietseinheiten. Die Behörden würden auch angesichts eines gravierenden Autoritätsverlustes kaum noch arbeiten können, „die Staatsmaschine“ würde, wie er sich ausdrückte, mehr oder weniger „zum Stillstand“ kommen. Mit dem ins Extreme gesteigerten Mangel an Lebensmitteln wäre ein Emporschnellen der Preise, eine völlige Geldentwertung wahrscheinlich. Kurzum, Erzberger befürchtete im Falle der Nichtunterzeichnung für Deutschland „russische Verhältnisse“ – mit blutigem Bürgerkrieg vor allem in großen Städten.

Als Folge, so sein Szenario, könne – nicht zuletzt mit zunehmendem Separatismus - das Auseinanderfallen des Deutschen Reiches in Kleinstaaten die Folge sein, die sich teilweise zum Abschluss noch schlimmerer separater Friedensverträge gezwungen sähen. Insbesondere das Rheinland wäre wohl für Deutschland verloren, die deutsche Einheit aller Wahrscheinlichkeit auf unabsehbare Zeit zerstört.⁴²



aus Erzbergers Denkschrift (I), aus seinem Buch *Erlebnisse im Weltkrieg* (Quelle: eigenes Foto)

⁴² Vgl. Wortlaut des Memorandums bei: Erzberger (1918), S. 371-373 und Klaus Epstein (1976) [1959], S. 356-358.



aus Erzbergers Denkschrift (II), aus seinem Buch *Erlebnisse im Weltkrieg* (Quelle: eigenes Foto)

Obwohl also nach Erzbergers Memorandum weit mehr *für* die Unterzeichnung sprach, blieb die Reichsregierung, der er angehörte, bei ihren Sitzungen vom 3. und 4. Juni 1919 mehrheitlich „gegen die Annahme des Vertrags von Versailles.“⁴³ Die Vertragsgegner - die prominentesten unter ihnen Reichsministerpräsident Scheidemann und Außenminister Brockdorff-Rantzau, eine Zeit lang auch Reichspräsident Ebert - argumentierten, „es sei unehrenhaft, Bedingungen anzunehmen, die objektiv unerfüllbar seien.“⁴⁴

Aus Gründen, die Erzberger in seiner Denkschrift dargelegt hatte, vertrat er hingegen die Ansicht, es gäbe praktisch keine andere Möglichkeit als den Vertrag zu unterzeichnen und rechtfertigte dies metaphorisch mit folgender Illustration, die er in seinem Buch *Erlebnisse im Weltkrieg* wiedergibt:

„Wenn man durch Gewalt zur Unterzeichnung gezwungen werde, so begehe man keine Unwahrhaftigkeit; man müsse nur offen sagen, dass man der Gewalt weiche; wenn jemand von mir bei gefesselten Armen und unter Vorhalten des Revolvers auf die Brust die Unterzeichnung eines Stücks Papier fordere, wonach ich mich verpflichten müsse, in 48

⁴³ Klaus Epstein (1976) [1959], S. 358.

⁴⁴ Ebd.

Stunden auf den Mond zu klettern, so würde jeder denkende Mensch – um sein Leben zu retten – dies unterzeichnen, aber offen sagen, dass er diese Forderung nicht erfüllen könne; so sei es auch mit dem Friedensvertrag.“⁴⁵

Auch mit dieser ungewöhnlichen, gleichnishaften Argumentation, die – wie vermutet – „für zu albern gehalten“ wurde, „um in das Sitzungsprotokoll des Kabinetts aufgenommen zu werden“,⁴⁶ setzte sich Erzberger im Kabinett nicht durch. Lediglich die Sozialdemokraten David, Noske und Heine konnte er für seine Position gewinnen.⁴⁷ Selbst die beiden Zentrumsminister, Erzbergers Parteifreunde Giesberts und Bell – letzterer unterschrieb kurze Zeit später (wie eingangs erwähnt) mit Hermann Müller den Versailler Vertrag – sprachen sich *jetzt noch* im Kabinett *gegen* die Unterzeichnung aus!⁴⁸ Vor allem aber auch die Reichsminister der linksliberalen DDP waren vehement gegen die Ratifizierung, (also die Vertragsannahme durch die Nationalversammlung), wenngleich auch eine Minderheit unter linksliberalen Politikern für die Unterzeichnung war. *Dafür* war auch eine Mehrheit bei der SPD, „trotz der starken Opposition Scheidemanns.“⁴⁹ „Damit“, so erklärt der Erzberger-Biograf Klaus Epstein, „fiel die Entscheidung dem Zentrum zu. Eine Mehrheit für die Ratifizierung konnte nur durch eine Koalition von Sozialdemokraten und Zentrum zustande kommen (...)“.⁵⁰

Es begann (am 13. Juni 1919) eine Reihe von Fraktionssitzungen, in denen Erzberger das Seine tat, „um das Zentrum für die Ratifizierung zu gewinnen. Die allgemeine Ansicht in der Fraktion ging dahin, dass erneuter militärischer Widerstand undenkbar sei, viele Abgeordnete vertraten jedoch den Standpunkt, für einen Vertrag, der die ehrenrührigen Artikel 227 und 231 enthalte, nicht stimmen zu können.“⁵¹

Erzberger gelang es, „die Führung der Zentrumspartei unter der Bedingung für die Ratifizierung zu gewinnen, dass die Entente sich bei den zwei ehrenrührigen Artikeln zu Konzessionen bereit“ erklären würde.⁵² Und so entschied sich die Zentrumsfraktion am 19. Juni „mit Vierfünftelmehrheit für den Erzbergerschen

⁴⁵ Erzberger (1920), S. 374; so auch wiedergegeben bei Klaus Epstein (1976) [1959], S. 358.

⁴⁶ Klaus Epstein (1976) [1959], S. 358, Fußnote 57.

⁴⁷ Vgl. Klaus Epstein (1976) [1959], S. 358.

⁴⁸ Vgl. Eschenburg, (1973), S. 134.

⁴⁹ Vgl. Klaus Epstein (1976) [1959], S. 358.

⁵⁰ Ebd., S. 359.

⁵¹ Ebd.

⁵² Vgl. Ebd., S. 359.

Kompromiss mit Ausklammerung der Ehrenklauseln“.⁵³ Auch die SPD konnte Erzberger so „nach anfänglichem Sträuben“ „für die Unterzeichnung gewinnen“,⁵⁴ und Eschenburg merkt über Erzbergers taktisch-geschicktes Vorgehen kritisch hinterfragend an:

„Ob er wirklich überzeugt war, dass die Alliierten auf diese Forderungen verzichten würden, oder ob er seine Partei nur mit psychologischer Taktik stufenweise für die Unterzeichnung gewinnen wollte, weiß man nicht.“⁵⁵

Aber Erzberger begnügte sich nicht damit, die Zentrumsfraktion bzw. die Mehrheit in der deutschen Nationalversammlung für die Vertragsannahme zu gewinnen, er unternahm *nochmals* einen diplomatischen Versuch, über weitere Mittelsmänner bei den Alliierten in Paris eine Milderung der Friedensbedingungen zu erreichen, nicht zuletzt, um damit die Ratifizierung zu erleichtern. Jetzt fokussierte er seine Initiative auf den französischen Staatspräsidenten Clemenceau, der in der Versailler Friedenskonferenz wohl *die* Schlüsselposition innehatte. Dazu wandte sich Matthias Erzberger an die beiden französischen Professoren Hesnard und Haguenin,⁵⁶ die sich als Beobachter ihres Landes in Weimar bzw. Berlin aufhielten. Die beiden Wissenschaftler „missbilligten persönlich die von Rachsucht diktierten Bedingungen des Vertrages“, wie Epstein berichtet und legten am 21. Juni 1919 „den Führern der Entente in Paris nahe, Konzessionen in der Frage der Kriegsschuld und der Kriegsverbrecher zu machen“.⁵⁷ Aber selbst die *französischen Mittelsmänner* stießen bei ihrem Staatspräsidenten auf Unnachgiebigkeit. Immerhin aber glaubten sie Erzberger versichern zu können, „der Vertrag werde weniger streng durchgeführt, als die Bedingungen erwarten ließen, wichtig sei nur, ihn jetzt anzunehmen, um die Kriegspsychose zu beenden. Damit werde dann auch eine mildere Auslegung“⁵⁸ möglich sein – quasi nach der volkstümlichen Lebenserfahrung, dass schon nicht so heiß gegessen wie gekocht würde. Zumindest bezüglich „der Auslieferung der Kriegsverbrecher, die tatsächlich nie stattfand“, hat sich dies auch bewahrheitet.⁵⁹ Die Auskünfte der

⁵³ Eschenburg (1973), S. 135.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Ebd.

⁵⁶ Nach Eschenburg war zumindest Hesnard Germanist, Haguenin vermutlich ebenfalls, da ihn Eschenburg als Kollegen von Hesnard bezeichnet; vgl. Eschenburg (1973), S. 134.

⁵⁷ Klaus Epstein (1976) [1959], S. 359.

⁵⁸ Ebd.

⁵⁹ Vgl. ebd.

beiden Professoren aus Frankreich, so Biograf Epstein, hatten für Matthias Erzberger auch insofern „große Bedeutung“, als er sie wohl „immer wieder ins Feld“ geführt hat, „um Unterstützung für die Vertragsratifizierung zu gewinnen.“⁶⁰

Dafür aber blieb nur noch wenig Zeit. Denn am 16. Juni hatte die Entente ein zunächst auf 5 Tage befristetes, dann auf 7 Tage verlängertes, Ultimatum gestellt,⁶¹ den Friedensvertrag unverändert anzunehmen, ansonsten müsse mit dem sofortigen Einmarsch alliierter Streitkräfte, dem faktischen Wiedereintritt des Kriegszustandes gerechnet werden. Zwar hatte die deutsche Friedensdelegation in Paris unter ihrem Leiter Brockdorff-Rantzau noch geringfügige Milderungen erreicht,⁶² sie kehrte aber dennoch resigniert mit der Empfehlung nach Berlin zurück, das Vertragswerk abzulehnen.⁶³ Erzberger jedoch, der Außenminister Brockdorff-Rantzau diesbezüglich als „den Vertreter einer Vabanque-Politik“ bezeichnete,⁶⁴ setzte unbeirrt seine Anstrengungen fort, „eine Mehrheit für die Annahme des Vertrags zustande zu bringen.“⁶⁵ Bei der Sitzung der Reichsregierung am 18. Juni konnte Erzberger insofern einen Teilerfolg verbuchen, als sich nun auch seine Zentrumskollegen im Kabinett Giesberts und Bell – ersterer war Mitglied der deutschen Friedensdelegation – sowie ein zusätzlicher Sozialdemokrat für die Annahme stimmten. War Erzberger bei der vorangegangenen Kabinettsitzung (am 3. bzw. 4. Juni) mit seiner Pro-Position mit 4 gegen 10 Stimmen noch klar in der Minderheit, so gab es nun mit 7:7 immerhin ein Patt in der Reichsregierung zwischen Unterzeichnungs-Gegnern und -Befürwortern.⁶⁶ Überdies erfuhren die Annahme-Befürworter auch „wirksame Unterstützung durch die fast einhellige Zustimmung der Ministerpräsidenten der deutschen Einzelstaaten, besonders der süddeutschen, die fürchteten, in eine Lage zu geraten“, die sie zur Unterzeichnung von Sonderverträgen mit den Siegern, v.a. mit Frankreich, zwingen würde, wie Epstein schreibt⁶⁷

Aber mit dem Patt in der Regierung sah sich nun deren Chef, Reichsministerpräsident Philipp Scheidemann am 19. Juni zur Einhaltung seiner am 12. Mai vor der Nationalversammlung öffentlich gemachten *Unannehmbarkeits-Erklärung* gezwungen, den Rücktritt der Reichsregierung zu verkünden. Vier Tage vor Ablauf

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Vgl. Krüger (1993) [1986], S. 43.

⁶² Vgl. ebd. bzw. Fußnote 14 in vorliegender Arbeit.

⁶³ Vgl. Klaus Epstein (1976) [1959], S. 360.

⁶⁴ Vgl. ebd.

⁶⁵ Ebd.

⁶⁶ Vgl. ebd.

⁶⁷ Vgl. ebd.

des Ultimatums, mit dem die Alliierten ihren Einmarsch androhten, war Deutschland somit ohne Regierung!

Bei der Bildung des neuen Kabinetts spielte Erzberger wieder eine exponierte Rolle. Und nachdem Reichspräsident Ebert den bisherigen Arbeitsminister von der SPD, Gustav Bauer, zum Regierungschef ernannt hatte, baten beide Erzberger, der lieber Verkehrsminister geworden wäre, als Finanzminister und Vizekanzler in die neue Reichsregierung einzutreten. Sie beruhte nur noch auf einer Koalition aus SPD und Zentrum, da die bisher mitregierende linksliberale DDP nicht mehr dazu bereit war. Schwer genug, war es nun die „erste Aufgabe der neuen Regierung (...), die Ratifizierung des Vertrages durch die Nationalversammlung (wie die gewählte Volksvertretung noch hieß, A.S.) zu erreichen“⁶⁸ – eine wahre Herkules-Arbeit, noch dazu unter größtem Zeitdruck und dem Damoklesschwert des feindlichen Einmarsches mit allen zu befürchtenden Folgen! Und tatsächlich wurde die Regierung am 22. Juni „ermächtigt, den Vertrag zu unterzeichnen“, allerdings nur mit der Einschränkung, dass die als besonders demütigend empfundenen „Artikel 227 und 231 (alleinige deutsche Kriegsschuld und Auslieferung sogen. Kriegsverbrecher, A.S.) abgeändert würden“⁶⁹ – gemäß des von Erzberger eingebrachten Kompromissvorschlags. Sofort wurde die so erfolgte, „bedingte Ratifizierung (...) nach Paris telegraphiert“, wo sie jedoch ebenso umgehend abgelehnt und die „bedingungslose Annahme (...) innerhalb von 24 Stunden“ verlangt wurde, also bis zum 23. Juni abends 7 Uhr.⁷⁰

Man kann sich die Enttäuschung, ja das Entsetzen – gerade auch von Erzberger und seinen Parteifreunden - vorstellen, zumal schon Gerüchte über eine mögliche Revolte von Offizieren kursierten, die angeblich putschen und einen Militärstaat im Osten Deutschlands errichten wollten, wenn der Vertrag unterzeichnet würde. Reichswehrminister Noske von der SPD, bisher für die Unterzeichnung, änderte unter dem Druck der neuen Situation seine Haltung, und auch in Erzbergers Zentrum wurde „(b)ei einer Fraktionssitzung am Vormittag des 23. Juni (...) mit einer überwältigenden Mehrheit gegen nur 14 Stimmen beschlossen, den Vertrag angesichts der Unversöhnlichkeit der Alliierten abzulehnen.“⁷¹ Selbst Erzberger schien nun keine andere Möglichkeit mehr zu sehen, als sich dieser Fraktionsentscheidung zu fügen – zumindest vorübergehend.

⁶⁸ Ebd., S. 361.

⁶⁹ Ebd.

⁷⁰ Vgl. ebd., S. 361f. (Hervorhebungen durch A.S.).

⁷¹ Ebd., S. 362.

Was jetzt zu tun war, kann man vielleicht metaphorisch mit *Schwerstarbeit am schon bebenden Vulkan* kurz vor seinem drohenden Ausbruch beschreiben. Die Lage muss verzweifelt gewesen sein, denn nach dem Ablehnungsbeschluss der Zentrumsfraktion vom Vormittag gab es keine parlamentarische Mehrheit mehr für die Reichsregierung, die doch „eigens zum Zweck gebildet“ worden war, „den Vertrag anzunehmen“ stattdessen drohte auch *diese* Regierung – in höchster Gefahr des Landes, von dem sie Unheil abhalten sollte – auseinanderzufallen.⁷² Die Bildung einer anderen Regierung war illusorisch.

Reichspräsident Ebert rief „die Parteiführer mittags 12 Uhr“ - sieben Stunden vor Ablauf des Ultimatums - zusammen, und es war Vizekanzler Matthias Erzberger, der allen versammelten Parteiführern die entscheidende Frage stellte, ob „sie willens“ wären, „eine Regierung zu bilden, die die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten ins Auge zu fassen hätte?“⁷³ Was waren die Antworten? Aus beiden liberalen Parteien erhielt Erzberger trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der Unterzeichnung ein klares Nein hinsichtlich einer Bereitschaft zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten, eines militärischen Widerstandes. Und ein – wenn auch ausweichendes - Nein kam diesbezüglich selbst von den Deutschnationalen, die öffentlich am lautstärksten gegen die Vertragsannahme agitierten. Im Endeffekt, so Erzberger in seinen Erinnerungen, habe diese Besprechung das Ergebnis gebracht, dass die Regierung auch zu einer bedingungslosen Unterzeichnung ermächtigt worden sei.⁷⁴ Nachdem viele Gegner einer Unterzeichnung über den plötzlichen Umfall des Zentrums bestürzt waren, weil er ihnen die bequeme, propagandistisch-populistische Möglichkeit nahm, allein als Patrioten dazustehen, fehlte ihnen der Mut, mit letzter Konsequenz zu ihrer angeblichen Überzeugung zu stehen.⁷⁵ Unerwartete Hilfe erhielten Erzberger und seine Mitstreiter, die eine Unterzeichnung als unausweichlich ansahen, von General Groener, dem Nachfolger Ludendorffs im Amt des Generalquartiermeisters bei Hindenburg in der Obersten Heeresleitung. Er, General Groener, so teilte er mit, empfehle die Annahme zwar nicht als Offizier, aber als Deutscher und glaube einem befürchteten Massenrücktritt von Offizieren ebenso entgegentreten zu können, wie auch der Ausrufung eines separaten Militärstaates im Osten Deutschlands. Auch gab es einen bemerkenswerten Versuch aus dem rechtsliberalen Lager der Unterzeichnungsgegner: Sie sprachen sich für eine Erklärung aus, wonach auch Jenen, die für die Unterzeichnung seien, patriotische Beweggründe eingeräumt werden

⁷² Vgl. ebd.

⁷³ Ebd.

⁷⁴ Vgl. Erzberger (1920), S. 382.

⁷⁵ Vgl. Klaus Epstein [1959] (1976), S. 363.

könnten.⁷⁶ Gleichwohl muss die Atmosphäre am 23. Juni 1919, nur wenige Stunden vor Ablauf des Ultimatums, angesichts des völlig ungewissen Hin und Her, des Schwankens zwischen Ablehnung und Annahme des Vertrags durch die Nationalversammlung zum Zerreißen gespannt gewesen sein. Erzbergers Schilderung in seinem Buch *Erlebnisse im Weltkrieg* vermittelt dazu anschauliche Eindrücke; er erinnert sich:

„In den bangen Stunden des Montagvormittags und –nachmittags habe ich mancherlei Helden, die später gegen mich und das Kabinett nicht heftig genug sich aussprechen konnten, mit schlotternden Knien gesehen; ein baumlanger Abgeordneter rief: ‚Wo ist mein Auto? Wo ist mein Auto? Ich muss sofort abreisen. Heute nacht kommen die französischen Flieger!‘“⁷⁷

Und zur sich eher noch steigenden Spannung nachmittags hielt Erzberger fest:

„Aus dem Hause erscholl der Ruf: ‚Jetzt ist es 3 Uhr, um 7 Uhr marschieren der Feind!‘“⁷⁸

Wie Erzberger weiter berichtet, sei in dem entstehenden Lärm der Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen worden, und so kam – quasi in letzter Minute – doch noch eine Mehrheit für die Unterzeichnung zustande. Deutschland blieb der alliierte Einmarsch erspart.



Vossische Zeitung vom 24. Juni 1919 zur Annahme des Versailler Vertrags
(Quelle: eigenes Foto aus der Titelseite des Buches von P. Krüger, *Versailles*)

⁷⁶ Vgl. ebd.

⁷⁷ Erzberger (1920), S. 382f.

⁷⁸ Ebd.

Der Vertrag, obschon längst für alle, auch für Erzberger, als ein Diktatfrieden erkennbar, wurde fünf Tage später, am 28. Juni 1919, auf den Tag genau fünf Jahre nach den verhängnisvollen Schüssen von Sarajewo, die den Ersten Weltkrieg ausgelöst hatten, unterzeichnet. Der Erste Weltkrieg war somit auch juristisch-völkerrechtlich beendet. Jörn Leonhard bringt die damit gegebene besonders denkwürdige Datums-Koinzidenz ebenso knapp wie treffend auf den Punkt:

„Diese Inszenierung zitierte den Anfang des Krieges, um sein Ende als historischen Moment zu beglaubigen.“⁷⁹

Von getaner „Schuldigkeit“ für den Versailler Frieden zu Erzbergers Ermordung

Noch am Tage der Ratifizierung, am 23. Juni, hatte Erzbergers Erinnerungen zufolge der prominente Liberale Friedrich Naumann zu ihm gesagt:

„Heute brauchen wir Sie notwendig, aber in wenigen Monaten, wenn die Situation anders ist, werfen wir Sie weg.“⁸⁰

Darauf, so Erzberger, habe er geantwortet:

„Mir genügt es, dass ich heute, in der schwersten Stunde unseres Vaterlandes, diesem meine Person opfere.“⁸¹

Dies hört sich pathetisch an, wird aber nachvollziehbarer, wenn man weiß, dass noch am gleichen Tag ein Attentatsversuch gegen Erzberger misslang, nur wenige Tage später sein Arbeitszimmer im Finanzministerium beschossen und ein Raum, in dem man sein Schlafzimmer vermutete, durch eine Handgranate verwüstet wurde.⁸² Es dürfte deutlich geworden sein: Erzberger hat entscheidend zur Annahme des die Geister extrem scheidenden Versailler Vertrags beigetragen – ohne Rücksicht auf sich selbst. Hinsichtlich dieser möglicherweise nach wie vor ambivalent einschätzbaren Leistung resümiert deshalb auch Eschenburg in sibyllinisch anmutender Doppeldeutigkeit:

„Dass er (Erzberger, A.S.) dem Friedensvertrag entscheidend zur Annahme verholfen hat, ist sein Verdienst – oder seine Schuld.“⁸³

⁷⁹Leonhard (2018), S. 1020.

⁸⁰ Erzberger (1920), S. 383.

⁸¹ Ebd.

⁸² Vgl. Erzberger (1920), S. 383.

⁸³ Eschenburg (1973), S. 139f.

Viele, wenn nicht sogar eine Mehrheit von Zeitgenossen, sahen darin wohl eher eine schwere Schuld, wie sich z.B. aus dem Tagebuch des berühmten Zeitdiagnostikers Harry Graf Kessler schließen lässt, der zu ahnen schien, wer – nach Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht – „das nächste Opfer“ der innenpolitischen Radikalisierung werden würde:

„Auf Erzberger war allgemein die Erbitterung ungeheuer. (August) Müller sagte, wenn er nicht anders beseitigt werden könne, wolle er selbst hingehen und ihn mit einem Knüttel totschiessen; kein Schwurgericht werde ihn wegen einer solchen Tat verurteilen. Ich fürchte sehr, dass Erzberger das Schicksal Liebknechts teilen wird.“⁸⁴

„Allerdings“, so fügt Kessler, der später seine Meinung zu Erzberger möglicherweise geändert hat, damals noch hinzu, „nicht wie Liebknecht unverdientermaßen, sondern durch seine unheilvolle Tat selbst verschuldet.“⁸⁵ Der oben mit seiner offen geäußerten Totschlagsphantasie erwähnte August Müller musste die von ihm mit einem „Knüttel“ ins Auge gefasste Mordtat gegen Matthias Erzberger nicht selbst ausführen. Das erledigten am 26. August 1921, rund zwei Jahre nach der umkämpften Annahme des Versailler Vertrages, zwei rechtsradikale ehemalige Marineoffiziere, die den bei vielen auch deswegen verhassten Zentrums Politiker auf einem Spaziergang im Schwarzwald mit mehreren Revolvergeschüssen zur Strecke brachten, was Kurt Tucholsky unter dem Pseudonym Theobald Tiger am 8. September in der linksliberalen Zeitschrift *Die Weltbühne* mit folgendem „Nachruf“ kommentierte:

Nachruf von Theobald Tiger

Gehaßt, weil du Konkursverwalter
der Pleitefirma Deutsches Reich,
liegst du zerschossen als ein kalter
und toter Mann — und Deutschland ist das **gleich**.

Es kostet nichts. In Blutkapiteln
erlebten wirs — was kriegt solch Vieh?
Den Auslandspaß — „Nichts zu ermitteln“:
so kämpft der Geist der Monarchie.

Gehaßt, weil du Zivilcourage
den Herren vom Monokel zeigst —
weil du schon Siebzehn die Blamage
der Ludendorffer nicht verschweigst . . .

Das kann der Deutsche nicht vertragen:
daß Einer ihm die Wahrheit sagt,
daß Einer ohne Leutnantskragen
den Landsknechtsgeist von dannen jagt.

So fielst du.

Hinter deiner Bahre
gehn grinsend, die den Mord gewollt:
in Uniform und im Talare
der wildgewordne Teutobold.

Und wie dein Blut die Steine netzte,
da atmet auf das Militär.
Es kondoliert, wer grad noch hetzte . . .
Du warst der Erste nicht — bist nicht der Letzte.
Prost Helfferich!

Der kommt nicht mehr.

Tucholskys „Nachruf“, aus: *Die Weltbühne*, 8. 9. 1921, S. 245 (Quelle: eigener Scan)

⁸⁴ Kessler, *Tagebuch*, Bd. 7, 23. Juni 1919, S. 246-247, zitiert nach Leonhard (2018), S. 1018.

⁸⁵ Ebd.



Grabmal Erzbergers auf dem kath. Friedhof in Biberach/Riß, der größten Stadt seines Wahlkreises, den er 18 Jahre im Reichstag vertrat. Inzwischen fanden in diesem Grab auch seine Ehefrau Paula und die jüngere Tochter Gabriele ihre letzte Ruhestätte. (Foto: Ulrich Krause)

Literatur ⁸⁶

Die Zeit (Hg.) (2019), ZEIT-Geschichte. Epochen, Menschen, Ideen, 1/2019, 1919. *Der Vertrag von Versailles und warum er keinen Frieden brachte*, Hamburg.

Dowe, Christopher (2011), *Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie*, Stuttgart.

Eschenburg, Theodor (1973), *Matthias Erzberger. Der große Mann des Parlamentarismus und der Finanzreform*, München.

Epstein, Fritz T. (1955), *Zwischen Compiègne und Versailles. Geheime amerikanische Militärdiplomatie in der Periode des Waffenstillstandes 1918/19: Die Rolle des Obersten Arthur L. Conger*, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3/1955, S. 412-445.

Epstein, Klaus (1976) [Erstveröffentlichung 1959], *Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Frankfurt/Main – Berlin – Wien [bzw. Princeton, New Jersey].

Erzberger, Matthias (1921), *Der Solidarismus. Europas Rettung und Zukunft*, Mönchengladbach.

Erzberger, Matthias (1920), *Erlebnisse im Weltkrieg*, Berlin.

Haehling von Lanzenauer, Reiner (2008), *Der Mord an Matthias Erzberger*, Karlsruhe.

Haupts, Leo (1984), *Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau. Diplomat und Minister in Kaiserreich und Republik*, Göttingen und Zürich.

Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), (2011), *Matthias Erzberger. Ein Wegbereiter der deutschen Demokratie*, Stuttgart.

Kolb, Eberhard (2019), [Erstveröffentlichung 2005], *Der Frieden von Versailles*, München.

Krüger, Peter (1991) [Erstveröffentlichung 1986], *Versailles. Deutsche Außenpolitik zwischen Revisionismus und Friedenssicherung*, München.

Leonhard, Jörn (2018), *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918 – 1923*, München.

Pollmann, Bernhard (1991) [Erstveröffentlichung 1989], *Chronik. Tag für Tag in Wort und Bild*, Dortmund.

Siegel, Alfons (2018), *Erzbergers Lehren für den Weltfrieden. Völkerbund, Solidarismus und die Zukunft der UNO*, Biberach an der Riß.

Verfürth, Heinz (2020), *Europas Implosion. Vor 100 Jahren. Die Pariser Friedenskonferenz schuf keine Stabilität und Sicherheit in Europa. Droht eine Neuauflage?*, in: Das Parlament, Nr. 12, 13 – 16. März 2020, S. 9.

⁸⁶ Bei Mehrfachauflagen zitierter Bücher beziehen sich die in den Fußnoten angegebenen Seitenzahlen auf das in ersten (runden) Klammern angegebene Jahr der betreffenden *Neuauflage*, nicht auf das in [eckigen] Klammern angegebene Jahr der Erstveröffentlichung.